

**Vollstreckungsschutz,
Stundung und Erlass –
sowie weitere Wege zur Wahrung
steuerlicher Rechte**

von

Dr. iur. Carsten Farr

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie unter

[ESV.info/978 3 503 10696 7](http://ESV.info/978_3_503_10696_7)

ISSN 1860-0484

ISBN 978 3 503 10696 7

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2008
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek
und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit
und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso
Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin

Druck und Bindung: Danuvia Druckhaus, Neuburg a. d. Donau

Vorwort

Ein Buch zu Vollstreckungsschutz, Stundung und Erlass aus der Feder eines Finanzbeamten?

Ja. Stellt sich diese Frage überhaupt? Schließlich geht es nicht um die Preisgabe oder das Vorenthalten von Verwaltungsinterna, sondern um die Darstellung der Rechte, die die Abgabenordnung dem Steuergläubiger, aber eben auch dem Steuerschuldner zuweist. Das anzutreffende Regelungsgefüge, das häufig auf zivilrechtliche Grundsätze zurückgreift, gründet auf dem Bemühen, einen Ausgleich zwischen den Interessen des Gläubigers und des Schuldners zu schaffen. Letzterer beruft sich auf seine Abwehrrechte in praxi jedoch nur selten. Hierbei spielt es kaum eine Rolle, ob der Schuldner steuerlich vertreten wird oder nicht. Es scheint, als stelle der fünfte Teil der Abgabenordnung, das Erhebungsverfahren, und der sechste Teil, die Vollstreckung, Herrschaftswissen der Finanzverwaltung dar. Und tatsächlich, ob Aufrechnung, Stundung, Erlass oder Vollstreckung, die dazugehörigen Rechtsfragen sind komplex, oft Richterrecht, so dass der „Blick ins Gesetz“ nur bedingt hilft. Darf man somit von einem steuerlichen Berater ernstlich erwarten, dass er sich in diesen Randbereichen seines Tuns genauso sicher bewegt wie andernorts im Steuerrecht? Der Finanzbeamte in der Vollstreckungsstelle verfügt im aller Regel auch nicht über die Kenntnisse seines Kollegen in der Betriebsprüfung.

Wenn ich davon sprach, dass der Steuerschuldner seine Rechte nur selten nutzt, so heißt das nicht, dass das Erhebungs- oder Vollstreckungsverfahren einseitig zu Gunsten des Steuerfiskus betrieben wird. Ohne die Beachtung der Schuldnerbelange durch die Bearbeiter in den Finanzämtern, ohne ihre Hinweise auf sachdienliche Anträge, würde ein gesetzesgemäßer Interessenausgleich kaum stattfinden. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass es sich um Massenverfahren handelt und der Finanzbeamte im Drang der Geschäfte weder jeden Sachverhalt vollständig ermitteln noch jeden Rechtsfehler ausschließen kann. Mit dem vorliegenden Buch sollen daher Berufsträger in die Lage versetzt werden, sich mit der Materie zum Wohle ihrer Mandanten rasch vertraut zu machen. Die Kenntnis und Beachtung von Schuldnerrechten und der damit einhergehende Interessenausgleich ist Auftrag aller Rechtsanwender.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	17

Kapitel 1

Aufrechnung, Verrechnung, Umbuchung

– wenn das Finanzamt die Steuer nicht erstattet

1. Grundsätze	23
2. Voraussetzungen	23
2.1 Gleichartigkeit	24
2.2 Gegenseitigkeit	24
2.2.1 Personenidentität auf Seiten des Steuerpflichtigen	24
2.2.1.1 Steuerschuldner und Haftender	24
2.2.1.2 Zusammenveranlagte Ehegatten	26
2.2.2 Personenidentität auf Seiten des Steuerfiskus ..	28
2.2.2.1 Ertragshoheit	29
2.2.2.2 Verwaltungshoheit	31
2.2.2.3 Abtretung zur Herstellung der Gegenseitigkeit ..	31
2.2.2.4 Öffentlich-rechtliche Gegenansprüche nichtsteuerlicher Art	32
2.3 Fälligkeit der Gegenforderung	32
2.3.1 Gestundete Gegenforderung	33
2.3.2 Ausgesetzte Gegenforderung	33
2.3.3 Vollstreckungsaufschub	33
2.3.4 Sonderfall: Verrechnungsvertrag	34
2.4 Erfüllbarkeit der Hauptforderung	35
2.5 Zusätzliche Voraussetzung für den Steuerpflichtigen ...	35
3. Aufrechnung gegen abgetretene oder gepfändete Hauptforderungen	36
3.1 Aufrechnung gegen an Dritte abgetretene Hauptforderung	36
3.2 Aufrechnung gegen durch Dritte gepfändete Hauptforderung	37
4. Aufrechnungsverbote	38
4.1 Erloschene Hauptforderung	38

Inhaltsverzeichnis

4.2	Unpfändbare Hauptforderung	39
4.3	Hauptforderung aus unerlaubter Handlung	39
5.	Wirkung der Aufrechnung	39
6.	Effektiver Rechtsschutz	41
6.1	Aufrechnungserklärung des Finanzamts	41
6.2	Aufrechnungserklärung des Steuerpflichtigen	42
7.	Besonderheiten in der Insolvenz	44
7.1	Spezialregelungen der §§ 94 bis 96 InsO	44
7.1.1	Aufrechnung nach Stellung eines Insolvenzantrags	44
7.1.2	Aufrechnung nach Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	44
7.2	Zusammenveranlagte Ehegatten	49

Kapitel 2

Stundung

– der Zahlungsaufschub zur Milderung steuerlicher Härtefälle

1.	Grundsätze	53
2.	Voraussetzungen	54
2.1	Allgemeines	54
2.2	Sachliche Härte	55
2.2.1	Stundung wegen Abschlusszahlungen	55
2.2.2	Stundung wegen Erstattungsansprüchen (sog. technische Stundung bzw. Verrechnungsstundung)	56
2.3	Persönliche Härte	60
2.3.1	Stundungsbedürftigkeit	60
2.3.2	Stundungswürdigkeit	61
2.3.3	Sonderfall Umsatzsteuer	63
2.4	Keine Gefährdung des Anspruchs	64
3.	Stundungsantrag	65
3.1	Zeitpunkt	65
3.2	Begründung	66
4.	Entscheidung	68
4.1	Zuständigkeit	68
4.2	Ermessen	68
4.3	Nebenbestimmungen	69

5. Rechtsschutz	70
5.1 Rechtsmittel	70
5.2 Vorläufiger Rechtsschutz	71
6. Stundungszinsen	72
7. Folgen bei falschen Angaben	73

Kapitel 3

Vollstreckungsaufschub

– mehr als eine Stundung zweiter Klasse

1. Grundsätze	77
2. Voraussetzungen	78
2.1 Unangemessener Nachteil	78
2.1.1 Wirtschaftlicher Ruin	79
2.1.2 Verlust des Arbeitsplatzes	80
2.1.3 Verlust der Kreditwürdigkeit	80
2.1.4 Gesundheitsbeeinträchtigungen	80
2.2 Vermeidung des Nachteils	80
3. Vollstreckungsaufschub bei Anträgen auf Aussetzung der Vollziehung, Stundung oder Erlass	83
4. Entscheidung	84
4.1 Gewährung von Tilgungsraten	84
4.2 Gestellung von Sicherheiten	85
4.3 Steuerstrafverfahren	85
5. Rechtsschutz	86
5.1 Rechtsmittel	86
5.2 Vorläufiger Rechtsschutz	86
6. Abgrenzung zur Stundung	89

Kapitel 4

Erlass von Steuern

– in Teilen Neubesinnung dank Insolvenzordnung

1. Grundsätze	93
2. Voraussetzungen	94
2.1 Sachliche Billigkeitsgründe	94
2.1.1 Verfassungswidrigkeit einer Steuernorm	94

Inhaltsverzeichnis

2.1.2	Rechtswidrige bestandskräftige Steuerbescheide	95
2.1.3	Verfehlung der Zweckbestimmung	97
2.1.4	Zielkonflikte innerhalb der Rechtsordnung	97
2.1.5	Verstoß gegen Treu und Glauben	98
2.1.6	Entschuldbare Ereignisse	98
2.1.7	Änderung der Rechtsprechung oder der Verwaltungsauffassung	99
2.1.8	Besserstellung anderer Personen	100
2.1.9	Sonstige unbeachtliche Gründe	100
2.2	Persönliche Billigkeitsgründe	101
2.2.1	Bedeutung der Steuerart	101
2.2.2	Erlassbedürftigkeit	103
2.2.2.1	Ertrags- und Vermögenslage des Steuerpflichtigen	103
2.2.2.2	Ertrags- und Vermögenslage von Unterhaltsverpflichteten	105
2.2.2.3	Gefährdung der Betriebsfortführung	106
2.2.2.4	Ursache der wirtschaftlichen Existenzgefährdung	106
2.2.2.5	Keine Begünstigung Dritter	107
2.2.2.6	Wirtschaftlicher Vorteil	107
2.2.3	Erlasswürdigkeit	108
2.2.3.1	Verstoß gegen Interessen der Allgemeinheit	108
2.2.3.2	Eigenes Herbeiführen der mangelnden Leistungsfähigkeit	109
3.	Erlissantrag	110
3.1	Zeitpunkt	110
3.2	Falsche Angaben	110
4.	Entscheidung	111
4.1	Zuständigkeit	111
4.2	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Unbilligkeit	111
4.3	Folgen	112
5.	Rechtsschutz	112
5.1	Rechtsmittel	112
5.2	Vorläufiger Rechtsschutz	113
6.	Wege zum Steuererlass	113
6.1	Steuererlass zur Sanierung eines Unternehmens	114
6.2	Steuererlass zur Sanierung einer natürlichen Person	118

Inhaltsverzeichnis

6.2.1	Keine unternehmerische Betätigung bei mehreren Gläubigern	118
6.2.2	Keine unternehmerische Betätigung bei nur einem Gläubiger	122
6.3	Steuerpflicht des Sanierungsgewinns	122

Kapitel 5

Entstehung und Erlass von Säumniszuschlägen

– Brennpunkte täglicher Arbeit

1.	Grundsätze	127
2.	Voraussetzungen	128
2.1	Entstehung eines Säumniszuschlags	128
2.1.1	Fälligkeit der Schuld	128
2.1.2	Festsetzung oder Anmeldung der Schuld	129
2.2	Herabsetzung der Schuld	130
2.3	Schonfrist gemäß § 240 Abs. 3 AO	131
3.	Berechnung und Erhebung	133
4.	Rechtsschutz	134
5.	Erlass von Säumniszuschlägen	135
5.1	Stornierung	135
5.2	Sachliche Billigkeitsgründe	136
5.2.1	Plötzliche Erkrankung	137
5.2.2	Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung	137
5.2.3	Stundungssituation	139
5.2.4	Erlasssituation	140
5.2.5	Vollstreckungsaufschub	141
5.2.6	Aussetzung der Vollziehung	141
5.2.7	Überschneidung mit Nachzahlungszinsen	142
5.2.8	Niederschlagung	142
5.2.9	Sonstige Gründe	142
5.3	Persönliche Billigkeitsgründe	143
5.4	Zuständigkeit und Ermessensentscheidung	144

Kapitel 6

Vollstreckung

– die Gläubiger- und Schuldnerrechte im Beitreibungsverfahren

1.	Grundsätze	151
-----------	-------------------	-----

2. Pfändung beweglicher Sachen	152
2.1 Allgemeines	152
2.2 Vollstreckungsauftrag	153
2.3 Schutz von Geschäfts- und Wohnräumen	154
2.3.1 Schutzzumfang	154
2.3.2 Voraussetzungen für einen Durchsuchungsbeschluss	155
2.3.3 Vollziehung des Durchsuchungsbeschlusses	156
2.4 Verbot der Überpfändung	156
2.5 Verbot der zwecklosen Pfändung	157
2.6 Unpfändbare Sachen	158
2.6.1 Schutz vor Kahlpfändung: Haushaltsgegenstände	158
2.6.2 Schutz vor Kahlpfändung: Arbeitsmittel	159
2.6.3 Schutz vor Kahlpfändung: Wiederkehrende Einkünfte	161
2.7 Vorwegpfändung und Austauschpfändung	163
2.8 Sonderfälle	163
2.8.1 Pfändung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern	163
2.8.2 Pfändung von Computern	164
2.8.3 Pfändung eines Bankschließfaches	164
3. Verwertung beweglicher Sachen	165
3.1 Art und Weise der Verwertung	165
3.2 Schuldnerschutz	166
4. Pfändung von Forderungen	166
4.1 Allgemeines	166
4.2 Verhältnis von Pfändung zu Abtretung	168
4.3 Verbot der Überpfändung	169
4.4 Rechtsmittel	169
4.5 Gehaltspfändung	170
4.5.1 Allgemeines	170
4.5.2 Schuldnerschutz	171
4.6 Honorarpfändung	175
4.6.1 Allgemeines	175
4.6.2 Schuldnerschutz	175
4.7 Kontopfändung	176
4.7.1 Allgemeines	176
4.7.2 Girokonto	177
4.7.3 Spareinlagen	177

Inhaltsverzeichnis

4.7.4	Kreditmittel	177
4.7.5	Schuldnerschutz	178
4.7.6	Ausblick: Pfändungsschutzkonto (P-Konto)	180
4.8	Pfändung von Miet- und Pachtforderungen	181
4.8.1	Allgemeines	181
4.8.2	Schuldnerschutz	181
4.9	Pfändung von Lebensversicherungen	182
4.9.1	Allgemeines	182
4.9.2	Schuldnerschutz	183
5.	Verwertung von Forderungen	184
5.1	Art und Weise der Verwertung	184
5.2	Schuldnerschutz	185
6.	Vollstreckung in das Grundvermögen	185
6.1	Allgemeines	185
6.2	Eintragung einer Sicherungshypothek	186
6.3	Pfändung von Eigentümer- und Fremgrundschulden	187
6.4	Verwertung von Grundpfandrechten	188
7.	Zwangsabmeldung von Fahrzeugen	189
7.1	Allgemeines	189
7.2	Schuldnerschutz	190
8.	Internationale Vollstreckungshilfe	190
9.	Eidesstattliche Versicherung	192
9.1	Allgemeines	192
9.2	Voraussetzungen	193
9.3	Rechtsmittel	195
9.4	Erlass eines Haftbefehls	196
9.5	Ungenaue Angaben bzw. falsche Versicherung an Eides statt	196
9.6	Ausblick: Reform der zivilrechtlichen Sachaufklärung und notwendige Anpassung des § 284 AO	197
10.	Gewerbe- und berufsrechtliche Maßnahmen	200
10.1	Gewerbeuntersagungsverfahren	200
10.2	Widerruf der Bestellung als Steuerberater	201
11.	Insolvenzantrag durch das Finanzamt	201
11.1	Allgemeines	201
11.2	Schuldnerschutz	203

12. Kosten der Vollstreckung	203
12.1 Allgemeines	203
12.2 Gebühren	204
12.3 Auslagen	205
12.4 Schuldnerschutz	205
13. Folgen für unbeteiligte Dritte	206
13.1 Ehegatte/Gleichgeschlechtlicher Lebenspartner	206
13.2 Mitbewohner	209
13.3 Geschäftspartner/Freunde	209
13.4 Erbe	212
 Stichwortverzeichnis	 215

Musteranschreiben

– Antrag auf Erlass eines Abrechnungsbescheids nach § 218 Abs. 2 AO	43
– Antrag auf technische Stundung (Verrechnungsstundung)	59
– Antrag auf Stundung nach § 222 AO	67
– Antrag auf einstweilige Einstellung der Vollstreckung nach § 258 AO	82
– Antrag auf einstweilige Anordnung nach § 114 FGO	87
– Antrag auf Erlass von Einkommen- und Umsatzsteuer für die Jahre 2001–2006 im Rahmen eines außergerichtlichen Vergleichs	116
– Antrag auf Erlass von Einkommen- und Umsatzsteuer für die Jahre 1999–2004 im Rahmen einer außergerichtlichen Einigung nach § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO	120
– Antrag auf Erlass bzw. Erstattung von Säumniszuschlägen wegen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	145
– Antrag auf Erlass von Säumniszuschlägen wegen Vollstreckungsaufschubs	147
– Antrag auf Erlass von Säumniszuschlägen wegen AdV	148
– Einspruch gegen Pfändung des Pkw mit dem amtlichen Kennzeichen MS-ZZ 4545	162
– Antrag auf höheren Selbstbehalt nach § 850f ZPO	174